



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Fidschi

2020

Im Januar 2020 unterrichtete Fidschi die UN von seiner Entscheidung, den Vorbehalt zurückzuziehen, den es bei der Ratifizierung der Antifolterkonvention bezüglich der Definition von Folter erklärt hatte. Vorbehalte im Hinblick auf die Anerkennung des Rechts auf Wiedergutmachung und die Entgegennahme von Beschwerden durch den UN-Ausschuss gegen Folter blieben jedoch bestehen. Nach nationalem Recht gab es nach wie vor umfassende Immunitäten.

Im Juni wurden vier Polizisten wegen schwerer Körperverletzung angeklagt, weil sie im April einen Mann von einer Brücke in Tailevu geworfen haben sollen. Eine fünfte Polizistin wurde angeklagt, weil sie versucht haben soll, Zeugen zu beeinflussen.

Vier frühere Vollzugsbeamte behaupteten im Mai 2020, der Leiter der Gefängnisbehörde habe Folterungen und andere Misshandlungen Inhaftierter angeordnet, darunter Prügel, Schlafentzug und Isolation. Bis zum Jahresende waren keine diesbezüglichen Ermittlungen aufgenommen worden.

(Quelle: Amnesty International Report 2020/21)

